

Die CDU-Fraktion erläutert den Antrag. Daran anschließend erläutert die SPD-Fraktion ihren Ergänzungsantrag, der als Punkt 5 den Beschlussvorschlag erweitern soll. Die BfM-Fraktion unterstützt den Ergänzungsvorschlag.

Die Verwaltung nimmt zu den Antragsinhalten Stellung. Dabei empfiehlt die Verwaltung, hinsichtlich der Ausgestaltung von Maßnahmen am Ortseingang Ersdorf, an Engstellen und vor der Gaststätte Ohm Hein eine Vorplanung anzustreben. Die Auftragsvergabe für diese Vorplanung steht unter dem Vorbehalt eines Beschlusses für eine Auftragsvergabe, einer Genehmigung des städtischen Haushaltes und einer schriftlichen Zusage des Landesbetriebes zu den Maßnahmen. Im ursprünglichen Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion regt die Verwaltung deswegen an, das Wort „Kostenschätzung“ durch „Vorplanung“ zu ersetzen. Im Hinblick auf das weitere Vorgehen ist geplant, nach der Vorplanung in eine Abstimmung mit Politik und Öffentlichkeit zu gehen und erst abschließend zu einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb als Straßenbaulastträger zu gelangen. Entsprechend empfiehlt die Verwaltung, den zweiten Absatz des CDU-Antrages zu streichen.

Hinsichtlich der Anordnung von Tempo 30 sieht die Verwaltung keine neue Sachlage und weiterhin weder eine Unfalllage noch starke Geschwindigkeitsüberschreitungen, welche eine entsprechende Maßnahme begründen können.

Im Rahmen der Diskussionen zum Tagesordnungspunkt einigen sich die BfM- und SPD-Fraktion auf einen gemeinsam geänderten Beschlussvorschlag, der als Punkt 5 separat abgestimmt wird.